

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Telefon 030 227-77594

Telefax 030 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:

Wellandstraße 58

73434 Aalen

Telefon 07361 5249 201

Telefax 07361 5249 202

roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 15/2010

Wir sind auf dem richtigen Weg – Persönliche Notizen

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011 Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause markierte mit den Beratungen über den Bundeshaushalt des Jahres 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2014 den Auftakt zur 2. parlamentarischen Halbzeit dieses Jahres. Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs des Bundes durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in den Bundestag standen die Einzelpläne der Ministerien in den Debatten im Mittelpunkt. Vier Tage lang erörterte der Bundestag in dieser Woche den Haushaltsentwurf in erster Lesung.

Das Haushaltsgesetz 2011 mit seinen Anlagen, den 22 Einzelplänen, und der Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 wurden dann im weiteren parlamentarischen Verfahren zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen. Die abschließende Lesung im Bundestag wird vom 23. bis 26. November 2010 stattfinden.

Bundesfinanzminister Schäuble stellte in seiner Einbringungsrede mit dem Leitmotiv „**Solide Staatsfinanzen durch eine wachstumsfreundliche Defizitreduzierung**“ Ziel und Strategie der Bundesregierung für den Haushalt 2011 und die Finanzplanung bis 2014 dar. Der durch die Bundesregierung eingebrachte Haushaltsentwurf markiere ei-

nen Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes, so der Minister.

Er machte am Beispiel der Sozialausgaben, dem größten Einzelposten im Bundeshaushalt, deutlich: „Wir machen mit der Wende bei den Ausgaben zum ersten Mal Ernst“. Lagen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2010 noch bei 319,5 Milliarden Euro, so sollen diese sich nach dem vorgelegten Entwurf in 2011 auf 307 Milliarden Euro und in 2012 auf 301 Milliarden Euro reduzieren. Schäuble betonte: „Damit schaffen wir erstens die Voraussetzungen dafür, dass wir das Wachstum der Ausgaben unter dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes halten – das ist die entscheidende Größenordnung, um die zu hohe Verschuldung dauerhaft zurückzuführen –, und zweitens dafür, dass wir die Neuverschuldung zurückführen.“

In der Generalausprache zur Regierungspolitik, die in der Haushaltswoche traditionell anlässlich der Beratungen über den Etat des Bundeskanzleramtes geführt wird, kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel einen „**Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen in Deutschland**“ an. Die Opposition betreibe eine rückwärtsgerichtete Politik, die christlich-liberale Koalition habe das Land voran gebracht. Deutschland sei wieder die „Wachstumslokomotive“ in Europa.

In den vergangenen Monaten hätten Union und FDP eine Kreditklemme verhindert, die Lohnzusatzkosten stabil gehalten, die Konjunkturprogramme vorgebracht und das Kindergeld erhöht. Nach zwei Jahren nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers in den Vereinigten Staaten habe Deutschland ein großes Stück des Weges zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geschafft. **„Wir haben Grund zur Zuversicht“**, stellte Merkel fest. Der Arbeitsmarkt habe sich in der Krise robust gezeigt, die Arbeitslosigkeit sei wieder auf rund drei Millionen gesunken. „Ob zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos sind oder nicht, das ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit in unserem Land“, hob die Kanzlerin hervor.

In einer kämpferischen Rede setzte sich die Bundeskanzlerin für die Zeit bis 2020 ehrgeizige Ziele: die Rückführung der Schulden, die Verwirklichung des Energiekonzepts, die Gesundheits- und Bundeswehrreform sowie die Sicherung der Sozialsysteme. Mit dem Bundeshaushalt, den die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht hat, werde der Weg solider Finanzen beschritten. "Nicht einzelne haben über die Verhältnisse gelebt. Die Politik hat in den vergangenen Jahren nicht die Kraft aufgebracht, für die Zukunft Vorsorge zu tragen", sagte Merkel.

Stuttgart 21 war Thema im Bundestag

In der Generalaussprache zur Regierungspolitik bekannten sich führende Politiker der Union zum großen Infrastrukturprojekt im Südwesten. Allen voran die Bundeskanzlerin: „Die Grünen sind immer für die Stärkung der Schiene. Wenn es aber einmal um einen neuen Bahnhof geht, sind sie natürlich dagegen.“ An die SPD gerichtet, sagte sie: „Die SPD war jahrelang für Stuttgart 21. Jetzt, wo man ein bisschen dafür kämpfen muss, fangen Sie an, dagegen zu sein. Diese Art von Standhaftigkeit ist genau das, was Deutschland nicht nach vorne bringt. Wir wollen etwas anderes.“ Hintergrund: In dieser Woche stellte die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag, das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 bis zu einem Volksentscheid zu stoppen.

Die Bundeskanzlerin führte weiter aus, dass man bei völlig rechtmäßig getroffenen Ent-

scheidungen keine Bürgerbefragung in Stuttgart brauche. „Vielmehr wird genau die Landtagswahl im nächsten Jahr die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21 und viele andere Projekte sein, die für die Zukunft dieses Landes wichtig sind. Das ist unsere Aussage“, so die Bundeskanzlerin weiter.

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder äußerte sich zu Stuttgart 21. Bei diesem Projekt gehe es um eine moderne europäische Verkehrsperspektive, nicht nur um einen Bahnhof. Wenn der Neubau verhindert würde, würde die notwendige Modernisierung der Infrastruktur verhindert.

Er warf der Opposition verantwortungsloses Handeln vor. „Bei Stuttgart 21 geht es nämlich nicht allein um Stuttgart, sondern es geht um eine große europäische Verkehrsentwicklung, von der nicht nur die Zukunft unseres Landes, sondern auch die Zukunft Europas abhängt. Sie sind gegen das Projekt, obwohl Sie wissen, dass es eine Zukunftsperspektive für Baden-Württemberg, für Deutschland und Europa bietet. Das nenne ich verantwortungslos. Herr Gabriel, man wird nicht richtig schlau, was Sie eigentlich genau wollen. Das ist das eigentlich Schlimme. Ihr Parteifreund Ivo Gönner aus Ulm hat gesagt: Eine Partei, die in schwieriger Situation, wenn es ernst wird, nicht die Kraft hat, zu stehen, ist keine Regierungspartei mehr. - Das hat Ivo Gönner von der SPD gesagt, nicht wir. Genauso ist es. Wer Entscheidungen mitträgt und zermalmt, sie müssten sein, dann aber umfällt, der hat kein Recht, in diesem Land zu regieren; denn er bringt dieses Land nicht voran, sondern wirft es zurück.“

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, und der baden-württembergische Verkehrspolitiker Steffen Bilger haben den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 bis zu einem Volksentscheid zu stoppen, als „billigen Populismus“ bezeichnet: „Bis vor kurzem war die SPD selbst noch Verfechter von Stuttgart 21, und maßgebliche Vertreter der Partei haben das Projekt als ‚unumkehr-

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

bar' bezeichnet. Daran hat sich in den letzten Tagen selbstverständlich nichts geändert: Stuttgart 21 ist demokratisch einwandfrei legitimiert, Gerichte haben zig Klagen gegen das Projekt zugunsten der Projektträger entschieden, die Deutsche Bahn AG als Bauherr hat das Baurecht erworben.

Die SPD vollzieht jetzt eine 180-Grad-Drehung und verliert damit Glaubwürdigkeit: Jetzt das Fähnlein in den Wind zu halten, gegen langjährige Überzeugungen zu handeln und sich mit solchem billigem Populismus bei den Grünen anzubiedern, spricht Bände über eine Partei, die offenbar keinerlei Wert mehr darauf legt, als verlässlich und glaubwürdig zu gelten. Beide Parteien suggerieren den Menschen, Stuttgart 21 sei noch zu stoppen – aber das ist es nicht, die Bauarbeiten laufen bereits seit einem halben Jahr. Was wir jetzt in der Sache brauchen, sind Gespräche zwischen den Projekt-Befürwortern und den -Gegnern über die Teile des Projektes, die noch im Detail ausgestaltet werden können.“

Zitat

««Wir haben einen Haushalt, bei dem immer noch jeder fünfte Euro mit Schulden finanziert ist. Aber wir haben einen Weg eingeschlagen, auf der Grundlage der Schuldenbremse, der genau damit Schluss macht.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Generaldebatte zur Regierungspolitik an diesem Mittwoch)

Persönliche Notizen

1. Die erste Sitzungswoche stand ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen, also wurde im Plenum viel debattiert. Dafür fand keine Ausschussarbeit statt, die fängt wieder ab dem 27. September an. Genau an dem Tag vor einem Jahr wurde ich zu Ihrem Abgeordneten gewählt. Ein schnell vergangenes und erfülltes Jahr.

2. In der Debatte trat unsere Bundeskanzlerin ungewohnt kampfeslustig und besonders überzeugend auf. Ihr klares Bekenntnis zu Stuttgart 21 und die Verknüpfung der Landtagswahlen bei uns am 27. März mit diesem Projekt haben wir als mutig empfunden. Wenn etwas als richtig erkannt wird, dann

muss es auch ganz klar und gegen Widerstände vertreten werden. Ich hoffe, dass dies künftig auch bei anderen Berliner Projekten so klar und entschieden angepackt wird. Das hätte schon das ganze Jahr unserer Regierung so sein können und müssen.

3. Die „Sommerpause“ über war ich intensiv im Wahlkreis unterwegs, ich hatte unsere Bundesumweltministerin Anette Schavan nach Heidenheim und Aalen eingeladen und den Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages, Wolfgang Bosbach nach Bopfingen. Wir hatten unseren Ministerpräsidenten Stefan Mappus mehrfach zu Gast, aber auch den Landtagsfraktionsvorsitzenden Peter Hauk. Es ist so wichtig, politische Entscheidungen vor Ort zu erklären, umso besser, wenn bundespolitisch Verantwortliche dabei mithelfen. Die Stimmung an der Basis zu erkunden, ist für Stuttgart und Berlin überlebenswichtig.

Ich danke allen, die bei unseren Veranstaltungen zur Organisation und vor allem für die überwältigende Resonanz durch ihre Anwesenheit mit beigetragen haben.

4. Die Sommerheimatwandertage, 2 Tage im Raum Heidenheim und vier Tage im Raum Aalen sind zum Selbstläufer geworden. Heuer waren wir „Unterwegs fürs Ehrenamt“, nächstes Jahr werde ich mit den Landtagsabgeordneten Bernd Hitzler und Winfried Mack „Unterwegs für Jugend und Familie“ sein, Sie sind jetzt schon herzlich eingeladen, wieder mitzumachen. Wir werden noch auf die Ortsverbände und die Kreistagsfraktionen zukommen, um das Angebot und die gemeinsamen Aktionen weiter zu bereichern.

Dank allen, die mitgemacht und mitgeholfen haben. Es war klasse, wie super sich unsere fleißigen Ortsverbände engagiert, wie viel Zeit sie geopfert haben. Ganz herzlichen Dank!

5. Hinzu kamen unzählige Termine bei Vereinen, in Ortsverbänden und Firmen. Zugleich habe ich mich weiter um den Ausbau unseres Netzwerks Erneuerbare Energien gekümmert und etliche Firmen gewonnen, die den künftigen Stiftungslehrstuhl an der Hochschule Aa-

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

len fördern wollen. Genaueres dazu folgt bald.

6. Die demographische Entwicklung in unserer Heimat ist alles andere als erfreulich, mit MdEP Inge Gräßle hatte ich eine Anhörung in Heidenheim, im Altkreis Aalen planen Winfried Mack und ich eine Anhörung, neu-deutsch ein „Hearing“ mit Kundigen, jung wie alt, zum Thema, wie können wir unsere junge Generation in der Region halten bzw. überzeugen, hier wieder zurück zu kommen. Bildungs- und Arbeitsplatzangebote und überzeugende kinderfreundliche Anreize sind zwar da, aber wie können wir sie überzeugend verknüpfen?

7. Im Oktober werde ich gemeinsam mit regional Verantwortlichen die Pakete Bundesstraßen und Garnison Ellwangen angehen, einschließlich Terminen in Berlin.

8. Abschließend noch ein paar „Berliner Splitter“: unser „Aktionsplan Erneuerbare Energien Ostwürttemberg“, an dem u.a. auch viele mittelständische Firmen und Bildungsträger mitwirken, war Thema unserer Landesgruppenklausur. Er wird landesweit an unsere Landtagskollegen verteilt als Anregung für eigene Ansätze.

Im Bereich „Zukunft der Wehrpflicht/ freiwilliger Gesellschaftsdienst“ wurde ich im Juli und August intensiv in die Debatte einbezogen. Ich freue mich nicht nur, dass sicherheitspolitische Sachkunde berücksichtigt wurde, sondern auch, dass unsere Unionsfraktion endlich ehrlich mit dem Thema umgeht und wir jetzt eine zukunftsfähige und nüchternere Position haben, die hoffentlich genügend Anreize für unsere Jugend gibt, sich für unser Land zu engagieren. „Tu was für Dein Land“, heißt die von mir angeregte Initiative.

9. Die kommende Woche bin ich als Delegationsleiter einer deutschen Gruppe von Abgeordneten in Albanien und im Kosovo unterwegs, es geht um die Erkundung, wie weit der Weg noch ist zu möglichen Beratungen über einen Kandidatenstatus in der Europäischen Union. Dabei treffe ich auch den albanischen Premierminister und die Parlaments-

präsidentin. Wichtig ist mir aber auch das Gespräch mit der Bevölkerung und Nichtregierungsorganisationen. Hier dürfen wir keine falschen Erwartungen wecken, sondern müssen klar sagen, welche Hausaufgaben anstehen.

Zur Feier des 100jährigen Bestehens des 1. FCH bin ich rechtzeitig wieder in Heidenheim.

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kiesewetter